

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark ...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareille ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 3. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Was will Reudell?

Die Sozialdemokratie fordert Auskunft über die politischen Absichten des deutschen nationalen Innenministers. — Reudell schweigt.

Der Reichstags-Ausschuß für den Reichshaushalt begann in der Sitzung vom Mittwoch nachmittag ...

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Schreiber (3.) erläuterte zunächst zahlreiche Positionen des Etats ...

Döllig ungenügend sei aber der Fonds für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke, angesichts der starken Ansprüche, die die Länder an ihn stellen.

Reichsminister des Innern v. Reudell

wies zunächst auf die nennenswerte Steigerung der Ausgaben für wissenschaftliche und kulturelle Fonds hin.

Einbringung des Reichsschulgesetzes

ansah. Er beabsichtigt nicht, hierbei irgendeinen der vorhandenen Gesetzentwürfe zugrunde zu legen, sondern es werde ein ganz neuer Entwurf aufgestellt werden.

In der dann einsetzenden allgemeinen Aussprache nahm als erster Redner das Wort

Abg. Sollmann (Soz.):

Der Kulturrelat des Reiches ist noch immer viel zu bescheiden ausgestaltet. Zieht man von den fortwährenden Ausgaben dieses Ministeriums den Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung ...

Die fortwährenden Ausgaben des deutschen Kulturrelats sind also nur wenig höher als in einem Jahre der Reichswehrrelat gegenüber dem Vorjahre sich gesteigert hat.

Der Herr Reichsminister ist in seiner Antwort leider an allen politischen Fragen vorübergegangen. Wie steht er zum Ablauf des Republikwahlgesetzes am 1. Juli dieses Jahres? Ich bitte um Auskunft, ob und welche Bestimmungen verlangt werden sollen.

große Vorstöße zum Abbau der demokratischen Verfassung

unternommen. Sie wollten Reform des Wahlrechts, Ausbau des Reichsrats zum Oberhaus, Abbau des Art. 54, der für die Reichsregierung das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments verlangt.

Uns bestimmt vor allem die Sorge, daß der militärische Ausnahmestand in den Gesetzgebungsverfahren hineingearbeitet werden soll.

Wie steht es mit den Verhandlungen über ein Konkordat? Zahlreiche Dementis zeugnen solche Verhandlungen. Gemisse Vorverhandlungen sind aber doch zweifelsohne seit Jahren im Gange.

Gerade von der jetzigen Reichsregierung möchten wir etwas über ihre Absichten auf diesem Gebiet erfahren. Die ministerielle Ankündigung, daß das Reichsschulgesetz „bestimmte“ vorgelegt werden solle, genügt uns nicht.

Die Reichsverfassung wird jedenfalls noch immer in Bayern wenig beachtet.

Von einer deutschen Rechtsreinheit kann noch immer nicht gesprochen werden. So wird in Bayern eine Partei, die kommunistische, unter zweifellosem Bruch von Verfassungsrechten vollkommen unterdrückt.

Sehr ernst ist die Tatsache, daß der bayerische Ministerpräsident bayerische Beamte, so den Herrn Oberbürgermeister von Nürnberg, geradezu bedrückt hat, weil sie für den deutschen Einheitsstaat eingetreten sind.

Auch in Bayern muß es den Beamten freistehen, ob sie das unitarische oder das föderalistische Prinzip vertreten wollen. Auskunft möchte ich gerne über den Inhalt des geplanten Ministerpensionsgesetzes.

Immer stärker wird der Eindruck, daß die jetzige Gliederung des Reiches in achtzehn Länder unhaltbar ist.

Die Differenzen zwischen den Ländern und zwischen diesen und dem Reich sind unwürdig und hemmend. Die programmatische Rede des Herrn preussischen Ministerpräsidenten müßte in diesem Ausschuß und bei der Reichsregierung einen Widerhall finden.

Für die Demokraten sprach Dr. Käz, für die Deutsche Volkspartei Dr. Cremer, für das Zentrum als Fraktionsredner Dr. Schreiber. Abg. Bernd (Dnat.) glaubte, den Genossen Sollmann darauf hinweisen zu können, daß das Gesetz zum Schutz der Republik vollkommen aufgehoben werden könne, weil die neue Staatsform jetzt bereits so konsolidiert sei, daß das Gesetz nicht mehr nötig ist.

Abg. Sollmann (Soz.)

verweist den Abg. Dr. Bernd auf den § 23 des Republikwahlgesetzes, der der Reichsregierung die Möglichkeit gibt, dem im Auslande wohnenden Kaiser die Rückkehr in das Reich zu verbieten. Niemals ist die Sozialdemokratie für die Aushebung dieses Verbotes eingetreten.

Zur allgemeinen Heberatsung schweigt der Minister. Es entsteht eine lebhafte Geschäftsordnungssprache.

Zur allgemeinen Heberatsung schweigt der Minister. Es entsteht eine lebhafte Geschäftsordnungssprache. Abg. Hötz (Soz.) verlangt Vertagung, wenn der Minister nicht sofort Auskunft erteilen könne.

Bürgerblock und Wehretat.

Militärische Ausgaben sind heilig und unantastbar! Alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt!

In seiner großen Programmrede bei Einbringung des Etats für 1927 schilderte der neue, dem Zentrum angehörende Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Finanzlage Deutschlands in düsteren Farben. In den Einnahmefähigen sei die angenommene weitere Besserung unserer Wirtschaftslage bereits sehr stark berücksichtigt.

Dem sogenannten heilige, unantastbare Zahlen kann es in einem Etat von solcher Größe nicht geben. Allzuwiele Fonds und Uebertragungsvermächtnisse sind auch nicht immer gerade Leuchttürme besonderer Sparsamkeit.

Diese Aussprüche von Dr. Köhler decken sich genau mit der Kritik, die beim Erscheinen des neuen Etats von uns geübt worden ist. Für jeden, der mit unseren Einnahmefähigkeiten auch nur oberflächlich Bescheid weiß, ist ferner ohne weiteres klar, daß der Reichsfinanzminister mit den letzten angeführten Worten auf den Wehretat hinweist.

Der Wehretat ist ohne jede Rücksicht auf die angespannte Finanzlage Deutschlands in geradezu verschwenderischer Weise aufgestellt. Seine stetige Ausgabensteigerung ist nicht „zwangsläufig“.

Unsere Kritik hatte den äußeren Erfolg, daß mehr als je zuvor der Wehretat Gegenstand der Besprechung in der Presse aller Parteien geworden ist und daß auch in den Verhandlungen des Haushaltsausschusses die rein etatsrechtlichen Fragen einen breiteren Raum als früher eingenommen haben.

Die Bürgerblockparteien haben der Sozialdemokratie jede Gefolgschaft verweigert, als sie forderte, größere Klarheit in den Etat zu bringen. Dr. Gehler selbst mußte bei Besprechung der widerrechtlichen Eröffnung der Marineschule in Friedrichsort dem sozialdemokratischen Redner Recht geben, als dieser die großen Sammelfonds mit ihren dehnbaren Zweckbestimmungen als die Wurzel aller Uebel bezeichnete.

Die Sozialisierung der Pleiten.

Einige Fragen hinter der Tür.

Aus Anlaß der neuen Welle von Subventionsgesuchen scheint uns die Beantwortung einer Reihe von Fragen, die an verschiedene Stellen zu richten sind, erwünscht. Die Fragen lauten:

An den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes:

Sie sind die Federführer der Unternehmerorganisation im Kampfe gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand. Ist Ihnen bekannt, daß führende Mitglieder Ihres Verbandes trotz dem stark bemüht sind, Unterstützungen der öffentlichen Hand für Ihnen nahestehende Unternehmungen zu erhalten?

Wenn ja, was gedenken Sie dagegen zu tun? Wenn nicht, warum erkundigen Sie sich nicht bei der Deutschen Bank?

An eine Autorität des Aktienrechts:

Kann der Vorstand einer Aktiengesellschaft regreppflichtig gemacht werden, wenn er in den Jahren 1925 bis 1927 kein Subventionsgesuch an die Reichsregierung eingereicht hat? Liegt eine Vernachlässigung der Pflichten eines ordentlichen Kaufmanns vor, wenn von der risikofreien Chance eines solchen Gesuches zugunsten der Aktionäre kein Gebrauch gemacht worden ist?

An eine Autorität der Betriebswirtschaft:

Wie muß ein Aufsichtsrat am besten zusammengesetzt sein, um im richtigen Augenblick den Zugang zur Reichskasse zu finden? Unterfragen: Sind Staatsbeamte a. D. oder Parlamentarier vorzuziehen? Ist es besser, wenn der Vorsitzende Volksparteiler, Deutschnationaler oder Zentrumsmann ist? Wie hoch muß die Subvention sein, um die Tantiemen von Vertretern von mindestens vier Parteien innerhalb fünf Jahren wirtschaftlich gerechtfertigt erscheinen zu lassen?

An den Reichsfinanzminister:

Soll die Höhe der privaten Unternehmungen gewährten Subvention in gleichem Verhältnis steigen wie die Verurteilung des Prinzips der Subventionen durch den Reichsfinanzminister?

An das Institut für Konjunkturforschung:

Sehen Sie die Übernahme des Defizits von Unternehmungen durch das Reich als eine Konjunkturercheinung oder als eine Strukturerscheinung an?

An Subventionsempfänger und solche, die es werden wollen:

Ueber welches Ministerium halten Sie den Weg zur Reichskasse für den sichersten und nächsten? (Es sind u. a. zu befragen Gebrüder Mannismann und Wologa über die Erfahrungen

mit dem Auswärtigen Amt, Junkers und die Vulkanwerk über die Erfahrungen mit dem Reichswehrministerium, die Winzerverbände, die ostpreussische Landschaft und der Richard Kahn-Konzern über die Erfahrungen mit dem Ernährungsministerium, die Oberschlesische Eisenindustrie, der Siegerländer Erzbergbau und die Ufa über die Erfahrungen mit dem Reichswirtschaftsministerium, die Reedereien und Werften über die Erfahrungen mit dem Verkehrsministerium. Subventionsanträge durch das Reichsjustizministerium sind bisher nicht bekannt geworden.)

An den Reichswirtschaftsminister:

Kennen Sie Herrn von Stauß und seine Leistungen für die Filmindustrie? Wenn ja, warum glauben Sie, daß die Verlustgeschäfte der Deutschen Bank auf das Reich übernommen werden sollen? Ist das Reich auch an Gewinngeschäften der Deutschen Bank beteiligt?

An den Reichsarbeitsminister:

Ermarten Sie von einer Subvention der Wologa A.-G. eine wesentliche Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes? Wenn nein, werden Sie gegen eine derartige Ausgabe von Reichsgeldern Einspruch erheben?

An den Sparkommissar:

Wäre es nicht eine Vereinfachung der Arbeit der Reichsbehörden, wenn allgemeine Vorschriften über die Anmeldung von Verlusten größerer Firmen zwecks Uebernahme der Verluste (nicht der Firmen) durch die Reichskasse erlassen würden?

An den Reichsjustizminister:

Von welcher Verlustsumme an entspricht die Uebernahme durch die Reichskasse dem „gesunden Rechtsempfinden“?

An den Reichstag:

Erinnern Sie sich noch der Ausschlußbeschlüsse vom Dezember 1926 über Richtlinien zur Beschränkung der Subventionen? Werden Sie sich dieser Beschlüsse auch noch in den nächsten Wochen erinnern?

Im Antwort wird gebeten!

J. K.

Die preussische Regierung gegen den Baustoffwucher. Die preussische Regierung wendet sich in einer offiziellen Warnung gegen die spekulativen Preissteigerungen, die lediglich mit der Aussicht auf die stärkere Nachfrage durch vermehrten Wohnungsbau vorgenommen werden. Es wird betont, daß eine derartige Entwicklung der Gesamtwirtschaft und vor allem der Durchführung des beabsichtigten Bauprogramms sehr schaden kann.

Hochkonjunktur in den Ruhrhäfen.

Die Umschlagsziffern von 1913 überstritten.

Der Verkehr in den Duisburg-Ruhrorter Häfen, die seit Oktober 1926 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt sind — beteiligt sind Stadt und Staat —, hat sich infolge des englischen Kohlenarbeiterstreiks im verfloßenen Jahre gewaltig erhöht. Der Gesamtumschlag beträgt 27 423 747 Tonnen gegen 22,2 Millionen im Jahre 1925, so daß das Jahr 1926 ein Mehr von 5,2 Millionen aufweist.

Im Rekordjahre 1913 war der gesamte Umschlag auf 26 824 000 Tonnen gestiegen. Das Jahr 1926 hat damit ein Mehr von rund 600 000 Tonnen aufzuweisen. Der Unterschied zwischen 1913 und 1926 besteht im absoluten Vorherrschen der Kohle, wogegen im Jahre 1913 Eisenerz, Getreide und Holz eine ausschlaggebende Rolle spielten. Der Kohlenumschlag von 1913 mit 18,26 Millionen ist im Jahre 1926 auf rund 22,66 Millionen gestiegen; gegenüber 1913 also eine Steigerung von 4,40 Millionen Tonnen, gegenüber 1925 von 5,64 Millionen Tonnen. Unter Einfluß der vom Rhein-Herne-Kanal über den Rhein kommenden Kohle (9,35 Millionen Tonnen) ergibt sich eine Gesamtkohlenabfuhr über den Rheinstrom von 32,02 Millionen Tonnen. Das ist gegenüber 1913, wo der Rhein-Herne-Kanal noch im Bau war, ein Mehr von über 14 Millionen Tonnen Umschlag an Kohlen, gegenüber dem Jahre 1925 ein Mehr von zirka 9 Millionen. Nach Abbruch des englischen Streiks ging der Umschlag sehr stark zurück. Eine Besserung trat erst wieder im Februar 1927 ein.

Der Erzumschlag zeigt eine umgekehrte Entwicklung. Gegen 1913 mit 3,22 Millionen Tonnen ist 1925 mit 2,27 Millionen ein Rückgang von 30 Proz., 1926 mit 1,57 Millionen ein Rückgang von 50 Proz. festzustellen. Der Rückgang liegt daran, daß seit der Gründung des Stahltrusts die diesem Trust angeschlossenen Werke mit eigener Verladeeinrichtung am Rhein oder an anderen Stellen die kommenden Erze für die Werke des Stahltrusts löschten. Es ist festgestellt worden, daß beim Duisburger Vulkan in den letzten Wochen 10 und mehr schwer beladene Erzfähnen vor Anker liegen und auf das Löschen warten, weil die Verladeeinrichtungen des Vulkans nicht in der Lage sind, alle Schiffe auf dem schnellsten Wege zu entladen. Es ist hier der eigenartige Zustand zu verzeichnen, daß der Stahltrust die Schiffe lieber in Liegezeit kommen läßt und Liegegebühren bezahlt, als daß er die Entladeeinrichtungen in den Duisburg-Ruhrorter Häfen benützt.

Die Getreideabfuhr hat 1926 trotz der Besserung um 50 000 Tonnen gegen 1925 den Umschlag von 1913 noch nicht erreicht, wo er fast 1 Million Tonnen betrug. Der früher vom Duisburger Hafen beherrschte Holzumschlag (1913 fast 1/2 Million Tonnen) ging in der Nachkriegszeit gewaltig zurück, stieg dann im Jahre 1925 auf 120 075 Tonnen, um im Jahre 1926 wiederum auf 78 746 Tonnen zurückzugehen. Bei Eisen und Eisenwaren ist die volle Friedenshöhe mit 1 178 000 Tonnen noch nicht erreicht, doch brachte 1926 mit 1 041 000 Tonnen An- und Abfuhr gegen 1925 eine Steigerung von über 40 Proz. Sonstige Güter, besonders Stückgüter, wurden 1925 rund 1,68 Millionen Tonnen umgeschlagen, im Jahre 1926 erfolgte ein Rückgang um 40 000 Tonnen.

Eine interessante Entwicklung zeigen die um Duisburg herumliegenden privaten Umschlagstellen. Der Hafen Rheinhausen der Firma Krupp zeigt gegenüber dem Jahre 1913 eine Steigerung um 882 000 Tonnen, die Häfen Rheinpreußen der Firma Haniel zeigen einen kleinen Rückgang. Rhönitz weist ein Mehr von 247 000 Tonnen auf. Der Hafen in Walsum der Gute-

Merken Sie sich
PROBLEM
mit dem roten
»O«

Diese ges. gesch.
= PROBLEM-STREIFEN =
kennzeichnen
die einzelnen Packungen
unserer Qualitätsmarken!

CIGARETTENFABRIK PROBLEM
BERLIN N.O.55

